

Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat Gera
Fraktionsgeschäftsstelle
Dr. W. Neudert

Wichtige Ergebnisse der Stadtratssitzung vom 11.10.2012

Der Stadtrat verabschiedet mehrheitlich:

1. Die Änderung der Geschäftsordnung (DS 79/2009 3. Ergänzung).

Damit wird u.a. geregelt, dass es künftig vor jeder Stadtratssitzung eine Einwohnerfragestunde geben wird. Neu daran ist, dass diese Möglichkeit der Fragestellung von Bürgern vor jeder Stadtratssitzung bestehen soll. Voraussetzung bleibt, dass Ansinnen der Bürger dafür gibt.

Neu ist auch, dass den Vertretern des Seniorenbeirates in den öffentlichen Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse Rederecht eingeräumt wird.

Darüber hinaus ergaben sich Veränderungen, die sich aus der Einführung der doppelten Haushaltsführung ergeben.

2. Die Evaluierung des Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes (DS 176/2009 1. Ergänzung)

Damit erhielt das Konzept von 2009 eine Aktualisierung. Für nachfolgende Gewerbeflächen wird dringender Handlungsbedarf gesehen:

An der Beerenweinschänke II, Trebnitz

Cretzschwitz

Leumnitz-Süd.

(siehe Redebeitrag von Dr. W. Neudert)

3. Einen Beschluss zur Zukunft des Kunsthauses der Otto Dix Stadt Gera.

Dieser Beschluss wurde durch die Fraktion Die LINKE. initiiert und trägt die Unterschriften der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Arbeit für Gera, FDP-Fraktion und den Stadträten Bündnis90/Die Grünen.

Darin wird die Oberbürgermeisterin beauftragt:

- vor einer Entscheidung zum Verkauf des Kunsthauses das Museumskonzept der Stadt Gera dem Stadtrat vorzulegen, in dem deutlich wird, wie das Erbe von Otto Dix der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.
- in die Diskussion zum Kunsthaus das Kuratorium Kunsthaus Gera und den Förderverein Kunsthaus Gera. e.V. einzubeziehen.

In einer kontroversen Diskussion, die weit über den Gegenstand der Vorlage hinausreichte, wurden grundsätzlich unterschiedliche Positionen der Fraktionen zum Kunsthaus und der Bewertung der Ergebnisse der ersten 100 Tage Politik der Oberbürgermeisterin deutlich. (siehe Redebeiträge M. Jung und M. Huster)

4. Beschlüsse zur Feststellung der Jahresabschlüsse 2009 und 2009 und der Behandlung der Jahresverluste des Eigenbetriebes GSFF.

**Redebeitrag Dr. Wolfgang Neudert zur Vorlage 176/2009, 1. Ergänzung –
Evaluierung des Gewerbeflächenentwicklungskonzept**

Anrede,

Der Stadtrat hatte am. 03.12.2009 ein Gewerbeflächenentwicklungskonzept beschlossen. Darin war u.a. festgelegt, dass 2011 die Evaluierung des Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes erfolgen soll.

Dem wird mit der heute zu beschließenden Vorlage entsprochen.

Die Anpassung ist erforderlich, weil die Entwicklung bestimmter Gewerbegebiete wie z.B. Zoche oder Salzstrasse abgeschlossen wird – und das ist gut so – andererseits neue Prioritäten gesetzt werden. Der Plan wird also dem Leben angepasst.

Dringender Handlungsbedarf wird für die Gewerbestandorte

- An der Beerenweinschänke II, Trebnitz
- Cretzschwitz und
- Leumnitz-Süd

gesehen.

Das wird alles so von uns unterstützt.

Hinweisen möchte ich auf zwei Gesichtspunkte, wo nach meiner Auffassung weiterer Handlungsbedarf für die Verwaltung und damit sie, Frau OB, besteht.

Zum ersten:

Das ist die Sicherung der notwendigen finanziellen Mittel für die Gewerbeflächenentwicklung.

Bei zwei von diesen Flächen soll bzw. wird das die LEG tun; das ist gut und richtig.

Bei der Entwicklung des GG „An der Beerenweinschänke II“ werden in der Sachdarstellung 3 Varianten unter der Forderung

„Die Verfügbarkeit über die Grundstücke ist dringend zu sichern“

benannt.

Der Beschlusspunkt 1 beinhaltet diesbezüglich einen Prüfungsauftrag bzw. die

Formulierung

„Erforderlichenfalls sind notwendige Mittel über den städtischen Haushalt

bereitzustellen.“

Es geht hier um über 5 Mio. € und auf Nachfrage im Ausschuss erhielt ich die

Antwort, dass das unter HH-Vorbehalt steht, oder klarer gesagt, dafür stehen 2013

und in den Folgejahren nach derzeitigem Stand keine städtischen Mittel zur

Verfügung.

Das kann so nicht bleiben und sie Frau OB, werden sich daran messen lassen

müssen, wie aus ihrem Wollen und Versprechen, die wirtschaftliche Entwicklung in

Gera zu befördern, Nägel mit Köpfen gemacht werden. Im Moment ist das keine

neue Qualität gegenüber der bisherigen Handlungsweise der Verwaltung.

Die Hoffnung und der Glaube daran, dass die Gewerbeflächenentwicklung ganz

ohne eigenes Zutun der Stadt möglich sein wird, wird nicht ausreichen!

Zum zweiten:

Das Konzept von 2009 beinhaltetete noch den Industriegroßstandort Ostthüringen.

Dazu wird mit der Evaluierung nichts mehr gesagt. Auch das kann so nicht

stehenbleiben!

Hier möchte ich noch einmal einen Blick in die Vergangenheit werfen.

Die Ansiedlung des BMW-Werkes in Leipzig entfachte vor nahezu 11 Jahren in

Thüringen hektische Betriebsamkeit, Großindustriestandorte planungsreif

vorzubereiten. Das Ziel bestand darin, auf weitere ähnliche Großinvestoren

vorbereitet zu sein.

Das Gelände zwischen Autobahn und Großenstein in einer Größe von ca. 300 ha wurde 2001 auserkoren, um der Region Ostthüringen eine Chance zu eröffnen und die Landesregierung in Zugzwang zu bringen. Das Gelände liegt auf den Gemarkungen der Gemeinden Ronneburg, Korbußen, Großenstein und Beerwalde. Diese Gemeinden bildeten einen Planungsverband und vereinbarten die Zusammenarbeit und Unterstützung durch die Stadt Gera und den Landkreis Greiz innerhalb einer Arbeitsgemeinschaft.

Nach einer 10jährigen Arbeitsphase, welche Angesichts der Dimension der Planung noch nicht ungewöhnlich ist, wurden u.a. eine Machbarkeitsstudie, ein Umsetzungskonzept, die Umweltverträglichkeitsprüfung, der Grünordnungsplan, eine Grunderwerbsstudie sowie ein gemeinsamer Flächennutzungsplan und der Bebauungsplan auf den Weg gebracht. Dafür wurden umfangreiche Fördermittel des Freistaates verwendet. Das Projekt wurde seinerzeit in den Landesentwicklungsplan Thüringen und den Regionalen Raumordnungsplan Ostthüringen aufgenommen.

2008 hat die Stadt Gera den Vertrag über die Mitwirkung in der Arbeitsgemeinschaft nicht mehr verlängert.

Die umfangreichen Unterlagen wurden daraufhin von Gera nach Greiz verlagert und die Fertigstellung des Bebauungsplanes angehalten.

Mit dieser völlig unbefriedigenden Situation dürfen wir uns nicht abfinden, 27 Ordner schlummern derzeit im Landratsamt Greiz.

Ich fordere die Verwaltung auf, hier unbedingt wieder initiativ zu werden, um die Arbeit gemeinsam mit den Partnern, vor allem aber mit dem LRA Greiz, wieder aufzunehmen und in einem B-Plan-Verfahren zu einer ordnungspolitischen

Ergebnisform zu bringen, nämlich bis hin zu einem Abwägung- und Satzungsbeschluss, der in kommunalen Gebietskörperschaften zu entscheiden ist. Es kann doch nicht sein, dass eine umfangreiche langjährige Tätigkeit einfach zwischendrin, aus diesen und jenen Gründen; angehalten wird. Das können wir uns als Stadt Gera, das können wir uns als Region Ostthüringen nicht leisten.